

# KORBACHER EXPRESS

Informationsblatt der **Freien Wählergemeinschaft Korbach**

3. Ausgabe



## Strukturwandel in Korbach: Serviceleistungen aus einer Hand

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten greifen Industriebetriebe oft auf ein bewährtes Rezept zurück: die Konzentration auf das Kerngeschäft, sie besinnen sich auf ihren eigentlichen Unternehmenszweck. Die bis dahin im Betrieb erbrachten Nebenleistungen werden dann entweder fremdvergeben oder in separaten Betrieben organisiert. Was für Industrieunternehmen richtig ist, kann für öffentliche Betriebe nicht falsch sein, zumal die öffentlichen Betriebe permanent wirtschaftlich schwierige Zeiten erleben und wenig Geld, unser aller Geld, zur Verfügung haben.

Diese Überlegungen hat die **FWG** aufgegriffen und die Gründung einer Serviceeinheit für die öffentlichen und sozialen Betriebe wie Altenheim, Krankenhaus oder Feuerwehr in Korbach vorgeschlagen. Hierbei greifen die positiven Effekte der Konzentration auf das Kerngeschäft doppelt. Zum einen können sich die öffentlichen Betriebe stärker als bisher auf die eigentliche Aufgabe konzentrieren, zum anderen kann in einer Serviceeinheit all das zusammengeführt werden, was bisher an Nebentätigkeiten erbracht wurde. Für die Serviceeinheit werden die ehemaligen Nebentätigkeit dann zum Kerngeschäft, das mit höchster Priorität zum Nutzen der Kunden betrieben wird.

Durch die Notwendigkeit die Serviceleistungen mit Preisen zu bewerten, entstehen weitere Effekte: Der anfordernde Betrieb wird sich Gedanken über die erforderliche Qualität und Menge der Serviceleistungen machen und die Serviceeinheit wird versuchen, die Leistungen zu marktgerechten Preisen zu erbringen. Aus den bisher für den Nutzer anscheinend kostenlosen Nebentätigkeiten wird ein Produkt, das seinen Wert hat



und bezahlt werden muss. Werden die Kosten innerhalb der Betriebe nach dem Verursacherprinzip weitergegeben, führt das zu einer Reduktion der Nachfrage und damit zur Kostensenkung. Auf der anderen Seite stellen die Servicemitarbeiter den Auftraggeber durch eine hohe Qualität ihrer Produkte zufrieden: Beide Seiten profitieren.

Wo heute Nebendienste dezentral organisiert sind, könnten in Zukunft die Leistungen konzentriert und professionell angeboten werden, ohne die für die Qualität und Zuverlässigkeit der Leistungen wichtige Bindung der Servicemitarbeiter an den Ursprungsbetrieb aufzugeben.

Für die Stadt Korbach könnte dies unter anderem konkret bedeuten:

○ die Speiserversorgung für Krankenhaus, Altenheim und Kindergarten zu konzentrieren

○ die technische Betreuung für die Feuerwehr, Krankenhaus, Altenheim und Bäderbetriebe neu zu organisieren.

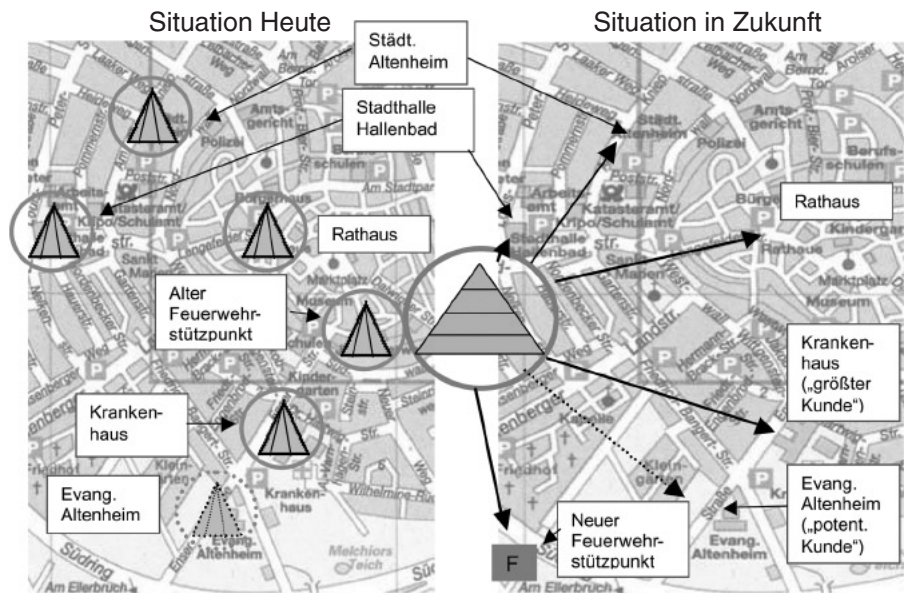
○ die vorhandenen Anlagen und Gebäudekapazitäten nutzbringend auszulasten, indem spezielle Leistungen für andere Betriebe und Gemeinden erbracht werden, z. B. durch Service- und Wartungstätigkeiten im Bereich der Feuerwehren, für die bereits konkrete Anfragen vorliegen.

Neue Kunden könnten im Stadtgebiet aber auch jenseits der Stadtgrenzen gewonnen werden. Insbesondere bei der geplanten Kooperation der Krankenhäuser Bad Arolsen, Frankenberg und Korbach könnte dieses Modell als Vorbild dienen. Die Angliederung der Serviceeinheit als eigenständigen Betriebszweig an die Stadtwerken Korbach wird derzeit von der **FWG**

favorisiert, da dort bereits die Bäderbetriebe angesiedelt sind und die vorhandenen administrativen Einrichtungen mit genutzt werden können. Sollten allerdings steuerliche Aspekte gegen eine Angliederung der Serviceeinheit bei den Stadtwerken sprechen, sind auch andere Alternativen akzeptabel. Einzig wichtig ist, die Zielrichtung nicht aus den Augen zu verlieren und einer weiteren „Bürokratisierung“ entgegen zu wirken.

Um die zuvor allgemein gehaltenen Aussagen zu konkretisieren, soll nachfolgend an dem Beispiel der technischen Betreuung verschiedener Objekte die Vorteile einer mit den Ursprungsbetrieben eng verbundenen Serviceeinheit verdeutlicht werden.

Die technische Betreuung der Objekte umfasst das weiteste Leistungsspektrum. Es reicht von der gewöhnlichen Hausmeistertätigkeiten, über Umbauten im laufenden Betrieb, bis hin zur komplexen Betreuung der Medizintechnik in einem Krankenhaus. Während in kleinen Objekten, etwa einem Altenheim, ein Hausmeister allein diese Tätigkeiten koordinieren muss, können in größeren Objekten, etwa einem Krankenhaus, die Aufgaben auf mehrere Personen verteilt werden. Hier ist das Aufgabenspektrum größer, als ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Daher werden ständig Arbeiten an qualifizierte Spezial- oder Handwerksbetriebe fremd vergeben. Je kleiner ein Objekt ist, um so



mehr Arbeiten müssen, oft spontan, fremd vergeben werden. Die Koordination der Fremdfirmen kann einen Hausmeister vor Ort zeitlich so stark belasten, dass er seine eigentliche Aufgaben kaum noch wahrnehmen kann. Bei einer Bündelung der betreuten Objekte in einer Serviceeinheit erhöht sich die Anzahl der unterschiedlichen Aufgaben kaum, wohl aber deren Umfang: Plötzlich wird es lohnenswert, für einzelne Tätigkeit Mitarbeiter zu spezialisieren oder bei einem Fachbetrieb werden günstigere Preise erzielt, „weil ganz einfach die Menge stimmt.“ In der Wirtschaftssprache bezeichnet man das als einen Synergieeffekt, der immer dann eintritt wenn gleichartige Betriebe fusionieren. Inzwischen gibt es private Anbieter, die genau diese

Argumentation nutzen und die komplette technische Betreuung anbieten. Der Kunde braucht sich dann um nichts mehr zu kümmern und muss nur noch den vereinbarten Preis zahlen. Eine komplette Fremdvergabe von technischer Betreuung wurde bisher selten praktiziert, da sie die Gefahr birgt, in kürzester Zeit das Know How über die eigene Immobilie zu verlieren und in eine totale Abhängigkeit zu geraten. Will sich der Kunde etwa von der Fremdfirma trennen, wird diese das komplette Wissen um Anlagen und Gebäude „mitnehmen“; es geht für den Kunden verloren. Eine Gefahr, die bei einer eng mit dem Ursprungsunternehmen verbundenen Serviceeinheit nicht besteht: Sie bietet die Vorteile eines professionellen Servicebetriebes und beinhaltet nicht die beschriebenen Risiken.

## Seit 30 Jahren aktiv für Korbach:

# Heinz Graf stellt die Freie Wählergemeinschaft vor

Die Freie Wählergemeinschaft Korbach ist ein Verein politisch interessierter Bürger, die sich in unserer Heimatstadt und seinen Ortsteilen zusammengefunden haben. Sie betreibt eine parteiunabhängige, ausschließlich sachorientierte Kommunalpolitik im Interesse der Korbacher Bürgerinnen und Bürger.

Gegründet wurde die **FWG** Korbach vor rund 30 Jahren aus Protest zur damaligen Altstadtpolitik, die dann auch einen deutlichen Kurswechsel erfuhr. Seitdem wird eine vernünftige, behutsame Altstadtsanierung betrieben. In den nächsten Monaten und Jahren wird uns die

Altstadtsanierung weiter beschäftigen, da die weitere Ausdünnung der Altstadt mit dem einhergehenden „Geschäftsterben“ aufhören muss.

Nach und nach dehnte die **FWG** ihre politischen Aktivitäten auf alle Bereiche aus; mittlerweile betreiben wir eine Politik der Mitte im Interesse von Kernstadt und Ortsteilen.

Seit den Kommunalwahlen 2001 kooperieren wir mit der F.D.P. und der CDU im Stadtparlament. Zu diesem Zeitpunkt erschien erstmalig der **KORBACHER EXPRESS**, das Informationsblatt der Freien Wählergemeinschaft Korbach. Wir wollen Sie damit in unregelmäßigen Abstän-

den - je nach Themenangebot - über die aktuelle Politik in Korbach und auch ein wenig darüber hinaus informieren. Unsere knappen Mittel - die Wählergemeinschaften sind von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgegrenzt - verhindern leider ein regelmäßiges Erscheinen.

Wenn Sie mehr über die Freie Wählergemeinschaft wissen möchten, besuchen Sie uns im Internet unter ([fwg-korbach.de](http://fwg-korbach.de)) oder rufen Sie mich einfach an: Tel. 05631/8860. Ich rufe Sie auch gern zurück. Ihr

*Heinz Graf*



## 500 Tage frischer Schwung in Korbach:

# Interview mit Bürgermeister Klaus Friedrich

**Herr Friedrich, Sie sind seit rund 500 Tagen im Amt. Was für eine Situation haben Sie vor gut einhalb Jahren vorgefunden?**

Auf den ersten Blick waren die Startbedingungen scheinbar positiv. Eine scheinbar stabile Finanzsituation. Dies ist auch formal zunächst richtig. Jedoch bei Licht betrachtet ergaben sich vielfache Problemstellungen.

Nach gründlicher Recherche hat sich dann herausgestellt, dass in Korbach beträchtlicher Investitions- und Reformstau vorlag und heute erst noch abgebaut werden muss. Der Abbau wird die nächsten Jahre andauern. Investitionen sind zu tätigen, sowohl aus rechtlichen als auch wirtschaftlichen Erwägungen. Es handelt sich um Belange der Stadtentwicklung, wie z. B. die touristisch notwendige Goldspur.

**Was ist noch in diesem und den nächsten Jahren geplant?**

Auf Grund der vorherigen Ausführungen eine Vielzahl von Projekten. Wie Sie wissen, ist mir seit meinem Amtsantritt sehr daran gelegen, Korbachs Wirtschaft und Arbeitsmarktstruktur nach vorne zu bringen. Daneben sollen die Highlights Korbachs besser herausgestellt werden. Der Mensch steht im Mittelpunkt meiner Überlegungen. Wie Sie wissen, habe ich konsequent meine Arbeit im Bereich der Sicherheit und Wirt-

schaftsförderung angefangen.

Als einzelne Punkte darf ich nennen:

- Das Großprojekt des Feuerwehrstützpunktes ist im Werden.
- Die „Goldspur“ hatte ich bereits angesprochen. Sie ist in ihre erste Umsetzungsphase geraten. Immer wieder habe ich die Verknüpfung zwischen Altstadt und Fußgängerzone gefordert. Hier sind wir auf einem sehr guten Weg. Die Bürgerbeteiligung erreicht ebenso ein höchstmögliches Maß.
- Weiterhin steht zumindest eine Stadthallenmodernisierung an.
- Veränderungen haben wir schon bei den Stadtwerken umgesetzt. Im Zusammenhang mit den Stadtwerken sind aber auch die VEW-Arbeitsplätze für mich als Korbacher Bürgermeister von Bedeutung. Mir geht es von Anfang an, und hieran werden Sie den Erfolg meiner Arbeit messen können, um den Erhalt, den Ausbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Korbach. Im Zusammenhang mit der Thüga haben wir eine zukunftssichernde Minderheitsbeteiligung ausgehandelt.
- Das Stadtkrankenhaus steht ebenso vor einem Umbau und einer Erweiterung und auch insoweit sehen Sie die Konsequenzen meines Modernisierungskurses.



- Die Sicherheitspolitik hatte ich bereits angesprochen. Das Sicherheitsempfinden der Korbacherinnen und Korbacher ist besser geworden. In allen Teilen wird die Korbacher Sicherheitspolitik als Musterbeispiel angeführt. Denken Sie nur an die Diskussionen in Bad Arolsen. Denken Sie auch nur an Besuche Außenstehender in Korbach, die das Korbacher Sicherheitsmodell als vorbildhaft loben.

**Herr Bürgermeister Friedrich, Sie sind als parteiloser Bürgermeister angetreten und von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gewählt worden. Wie hat sich denn aus Ihrer Sicht das politische Klima entwickelt?**

Zeiten der Veränderungen bringen es auch mit sich, dass zunächst Unruhe einkehrt, wobei konstruktive Unruhe auch immer positive Folgen hat. Nur im kritischen Dialog ergibt sich schließlich die beste Lösung.

Ich weise nur darauf hin, dass etwa in der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause ausschließlich einstimmige Beschlüsse gefasst wurden. Die politischen Parteien im Stadtparlament mussten sich sicherlich erst mit den ihnen auf Grund der Wählerwünsche neu zugedachten Rollen abfinden.

**...bitte lesen Sie auf Seite 6 weiter**



## Was ist los in Korbach und der FWG?

# Rund um den Nachtwächter

### Kläranlage Korbach

Der Bund hat die Anforderungen an die Reinigungsleistung von Kläranlagen erhöht. Mit der in Korbach vorhandenen Kläranlage kann die nun geforderte Reinigungsleistung nicht erbracht werden. Ausserdem ist durch die Neubaugebiete ein Kapazitätsengpaß entstanden. Kurz: die Anlage müsste in absehbarer Zeit saniert und erweitert werden..

Vor dem gleichen Problem steht die Gemeinde Vöhl mit der Kläranlage Ittertäl. Auch Vöhl muss, mit einer Übergangsfrist bis 2005, sanieren und erweitern.

Die Stadt Korbach hat zu Beginn des Jahres ein Planungsbüro beauftragt zu untersuchen, ob die Sanierung und Erweiterungen beider Kläranlagen getrennt voneinander oder eine Zusammenlegung beider Anlagen zu einer neuen und grösseren im Ittertäl wirtschaftlicher ist, obwohl das Korbacher Abwasser über eine Strecke von 4,5km bis an die neue Anlage herangeführt werden müsste.

Das inzwischen vorliegende Ergebnis besagt, dass es, trotz zunächst höherer Baukosten, langfristig wirtschaftlicher und günstiger ist, beide Kläranlagen zu einer grossen im Ittertäl zusammenzufassen. Den Ausschlag ergeben die zu erwartenden niedrigeren laufenden Betriebskosten einer einzelnen grossen Anlage. Die Korbacher **FWG** ist daher der Auffassung dass es sinnvoll ist, statt beide Kläranlagen zu modernisieren, eine gemeinsame Kläranlage im Ittertäl neu zu bauen.

Die Gemeindevertreter Vöhls, mit denen bereits erste Gespräche stattgefunden haben, teilen die Auffassung der Korbacher Freien Wähler.

Bitter hingegen ist, dass die Beplanung von den „Korbacher Regierungsparteien“ über Jahre hinweg verschlafen wurde und jetzt alles ganz rasch gehen muss, um noch in den vollen Genuss der Zuschüsse des Landes Hessen zu kommen. Die sinken nämlich ab dem Jahr 2003 um jährlich 5%.

### Goldspur

Seit Jahren beschäftigt sich die **FWG** mit dem Thema, wie man die Attraktivität der Korbacher Altstadt verbessern kann. Nicht zuletzt durch die dauernden und unermüdlichen Anträge der **FWG**, zuletzt zum Haushalt 2002, kommt jetzt endlich Bewegung in die Altstadt: Noch in diesem Jahr beginnt der erste Bauabschnitt.

„Goldspur“, das ist der ehrgeizige Name eines umfassenden Investitionsprogramms zur Belebung von Altstadt und Fußgängerzone, dessen erster Bauabschnitt sich von der Waldecker Bank bis zum Rathausvorplatz erstreckt. Bereits Ende September soll es losgehen und bis Mitte November, also noch rechtzeitig vor Weihnachten, soll die Professor-Kümmell-Straße in neuem Glanz erstrahlen. Bei diesem ersten Abschnitt werden die Bürgersteige rechts und links bis zum Rathaus verbreitert und gepflastert, die Fahrbahn für Autos wird schmaler. Damit wird ein Einstieg in unsere wunderschöne Altstadt geschaffen.

Der zweite Bauabschnitt der Goldspur mit Umgestaltung des Rathausvorplatzes und der Parkplätze ist für 2003 geplant. Die **FWG** ist der Auffassung, dass mit den historischen Gegebenheiten der Altstadt behutsam umgegangen werden muss. Insbesondere ist darauf zu achten, dass der Rathauskump nicht, wie von anderer Seite vorgeschlagen, aus der Reihe der vier Korbacher Kümpe gebracht und vor die Waldecker Bank verlegt wird.

Eine Diskussion im Rathaus mit rund 40 Anwohnern und interessierten Korbachern, bei der die Vertreter der F.D.P. und der Grünen übrigens fehlten, brachte konkrete Ergebnisse: Vor allem Geschäftsleute plädierten für den Erhalt der elf Parkplätze am Rand der Prof.-Kümmell-Straße, die einer umgestalteten Bushaltestelle weichen sollten. Die Haltestelle bleibt jetzt voraussichtlich, wo sie ist. Lediglich die Busbuchung kommt jedoch weg. Der Bus hält dann, wie in anderen Städten üblich, kurzzeitig auf der Straße.

### Feuerwehr

Nun ist es endlich soweit! Seit einiger Zeit wird am neuen Feuerwehrstützpunkt gebaut. Aber nicht nur die Feuerwehr bekommt ihr neues Domizil, vielmehr werden auch Teile des des Katastrophenschutzes ins neue Gebäude einziehen. Damit ist im Falle eines Falles eine effektivere und vor allem schnellere Einsatzfähigkeit gegeben.

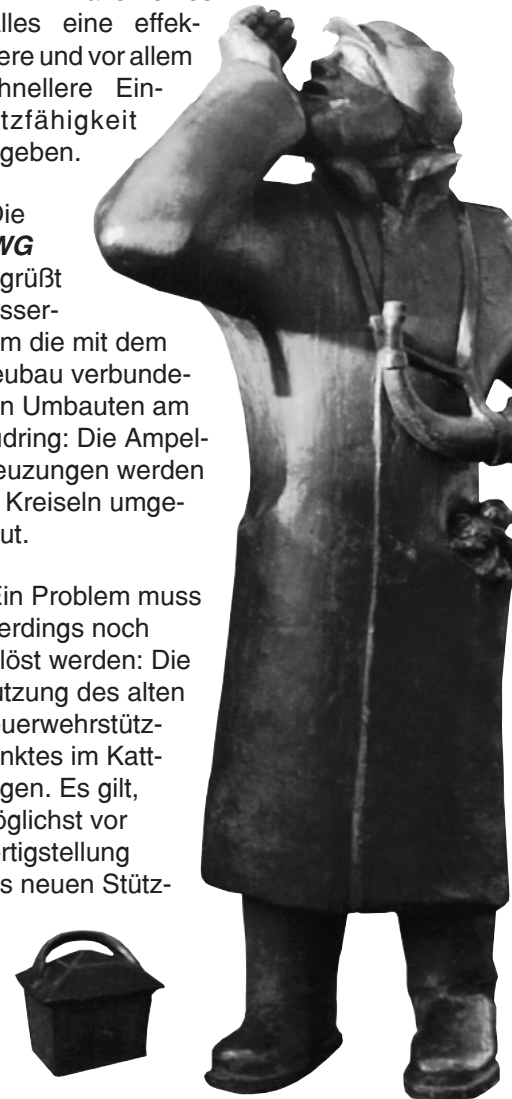
Die **FWG** begrüßt ausserdem die mit dem Neubau verbundenen Umbauten am Südring: Die Ampelkreuzungen werden zu Kreiseln umgebaut.

Ein Problem muss allerdings noch gelöst werden: Die Nutzung des alten Feuerwehrstützpunktes im Kattagen. Es gilt, möglichst vor Fertigstellung des neuen Stütz-

punktes, eine Verwendung für das dann leerstehende Gebäude zu finden um unnötige Kosten garnicht erst entstehen zu lassen.

### SB-Warenhaus

In den vergangenen Jahren ist der Kaufkraftbindungsindex in Korbach immer weiter zurückgegangen. Das heisst es wurde weniger Geld in Korbach ausgegeben oder, im Umkehrschluss, die umliegen-





den Gemeinden haben es geschafft Käufer aus Korbach wegzulocken. Allen politisch Verantwortliche war und ist klar: Dieser Trend muss gestoppt werden. Um eine Trendumkehr zu erreichen gab es mehrere Vorschläge. Einer davon ist die Errichtung eines SB-Warenhauses. Relativ schnell waren zwei mögliche Standorte gefunden, die zunächst auch beide beplant wurden. Bis die Stadtverordnetenversammlung

-gegen die Stimmen und trotz schwerer Bedenken der **FWG**- dem Standort Sonnborn den Vorzug gab. Damit waren die Würfel gefallen: Die weitere Planung wurde nur noch für das Gelände Sonnborn fortgesetzt. Es kam dann auch, wie es nach Auffassung der **FWG** kommen musste: Mehrfach wurde das Projekt abgespeckt und geändert, bis sich schließlich herausstellt, dass eine Realisierung so nicht möglich ist. Der Investor sprang ab und Korbach hatte über ein Jahr verloren.

Es folgten Planungen zu dem ursprünglich von der **FWG** favorisierten Standort am Güterbahnhof, die

wegen der langen Leerlaufzeit nicht mehr zum Erfolg führten. Im Frühjahr wurde dann ein weiterer Standort an der Arolser Landstraße von einem dritten Planer vorgestellt, um den es inzwischen auch wieder ruhig geworden ist. Damit ist abermals mindestens ein weiteres Jahr für Korbach verloren gegangen.

Die **FWG** wird ihre Bemühungen, einen Investor zu finden, nochmals verstärken und empfiehlt, den Korbacher Einzelhändlern im Rahmen eines SB-Warenhauses die Möglichkeit zur Expansion zu eröffnen.

## Korbacher Märkte

Einiges hat sich in den zurückliegenden Jahren schon an unseren Märkten verändert. Beispielsweise ist die neue Wegeführung, die das Stellen größerer und attraktiverer Fahrgeschäfte erlaubt, von den Besuchern äusserst positiv aufgenommen worden. Renovierungsbedürftig sind sie aber immer noch, der in diesem Jahr zum 447. mal stattfindende Kiliansmarkt und der am Ende des 17. Jahrhundert erstmals erwähnte Herbstmarkt.

Um die Existenz der Märkte auch in Zukunft zu sichern ist, so die Auffassung der **FWG**, ein Gesamtkonzept notwendig. Zur Zeit werden viele Einzelvorschläge gesammelt, die dann hoffentlich zu einem runden Gesamtkonzept führen. Etwa:

- Ausdehnung des Marktgeländes z. B. in Richtung Hotel Touric und/ oder Medebacher Landstraße
- Verbesserung der Werbung durch z. B. Druck eines Faltblattes, in dem Fahrgeschäfte und Marktbesucher vorgestellt werden und in dem auf die stattfindenden Veranstaltungen hingewiesen wird oder dem Anbringen von Transparenten über den Straßen, die schon Wochen vorher von dem Markttermin künden
- ein Stadtschreier in historischem Kostüm könne an den Wochenenden in der Fussgängerzone Werbung für unsere Märkte machen
- stärkeres Einbinden der Korbacher Gewerbetreibenden z. B. indem Flächen zur Produktpräsentation angeboten werden
- Beschaffung kleiner Präsente, die beispielsweise das Logo „Korbach goldrichtig“ tragen und den Besuchern der Eröffnungsveranstaltung überreicht werden



**Baustelle Feuerwehrstützpunkt**

- Einbindung von Veranstaltungen, z. B. Konzerte oder Flohmarkt

Die **FWG** bittet jeden, der einen Vorschlag zu unseren Märkten hat, diesen uns mitzuteilen. Das kann beispielsweise durch eine EMail an: [info@fwg-korbach.de](mailto:info@fwg-korbach.de) geschehen. Wir werden alle Vorschläge an die zuständige Marktkommission weiterleiten und danken im Voraus.

## Krankenhaus

Die Hessenklinik Korbach wird in den nächsten Jahren umfassend erweitert und modernisiert. Damit ist der Standort Korbach für die nächsten Jahre und Jahrzehnte gesichert. Das Haus der Regelversorgung wird in Zukunft über eine geriatrische Abteilung verfügen. Eine spezielle Kinderabteilung hingegen liegt noch in weiter Ferne, wenn auch, um den Bedarf besser abdecken zu können, eine Belegabteilung durch die ansässigen Kinderärzte entstehen soll.

Die Finanzierung erfolgt durch erhebliche Zuschüsse des Landes Hessen, wird aber auch den Stadtsäckel erheblich belasten. Die **FWG**, ansonsten strikt gegen eine Neuverschuldung, ist der Auffassung, dass das geplante Investitionsvolumen und vor allen Dingen der Verwendungszweck neue Kredite rechtfertigen und hat daher dem Finanzierungsmodell zugestimmt.

Um in Zukunft ein wirtschaftliches Arbeiten zu ermöglichen, so die Auffassung der **FWG**, ist eine enge Kooperation mit den anderen Häusern im Kreisgebiet und, wie auf Seite 1 beschrieben, die Schaffung einer Serviceeinheit unerlässlich

### **Fortsetzung des Interviews mit Bürgermeister Klaus Friedrich...**

Ich bin und bleibe unabhängiger Bürgermeister für Korbach und habe nur das Wohl meiner Stadt im Auge. Hierfür bedarf es allerdings politischer Mehrheiten im Parlament. Dies ist gut für die Demokratie.

### **Auch im Rathaus sind Veränderungen geplant. Können sie uns Näheres mitteilen?**

Wie Sie wissen, habe ich mir in diesem Bereich ebenso Ziele gesetzt. Es geht um eine Vereinfachung von Verwaltungsstrukturen. Ich erinnere an folgende Punkte:

- Wir haben eine Stelle für Controlling eingeführt und damit effizientes und sparsames Verwaltungshandeln abermals zum Maßstab unserer Politik erhoben.

○ Nachdem ich im Bereich der Wirtschaftsförderung einige Arbeiten selbst erledigen konnte und auch wollte - Sie wissen, dass ich mich immer als Kopf der Wirtschaftsförderung betrachtet habe - können wir nun auf einen Wirtschaftsförderer zum Ende des Jahres hoffen. Wir planen im Bereich der Wirtschaftsförderung wie im Bereich des Stadtmarketings eine umfassende Neuorganisation.

- Daneben prüfen wir derzeit ein weiteres effizientes Verwaltungsmarketing, indem wir Serviceeinheiten bilden.

**Im Bürgermeisterwahlkampf haben Ihre Frau und Ihre Familie sich mit Engagement für Sie und Ihren Erfolg eingesetzt. Wie geht es Ihnen heute?**

Meiner Frau Doris und unseren beiden Töchtern Charlotte und Nele geht es sehr gut. Wir haben im letzten Jahr auch „Familienzuwachs“ bekommen: Einen wunderschönen Golden Retriever-Rüden.

Außerdem sind wir Anfang dieses Jahres von Sachsenhausen nach Korbach umgezogen, nachdem wir am Waldecker Berg ein schönes Haus gefunden haben. Dort fühlen wir uns sehr wohl, und für mich bedeutet das auch eine Rückkehr in heimatliche Gefilde. Wie Sie wissen, bin ich ja im Waldhaus am Waldecker Berg geboren.

**Herr Bürgermeister Friedrich, wir danken Ihnen für das Interview.**

---

## **Die Landesdelegiertenversammlung fordert: Parteienfinanzierung umgestalten**

Die Landesdelegiertenversammlung der Freien Wähler-**FWG** Hessen hat am 3. November in Gießen ein umfassendes 20-Punkte Konzept zur grundlegenden Umgestaltung der Parteienfinanzierung verabschiedet. Demnach werden sowohl die Bundesregierung als auch die hessische Landesregierung aufgefordert, eine Novellierung des Parteiengesetzes auf den Weg zu bringen. Einen entsprechenden Leitantrag hatte der Landesvorstand der Versammlung vorgelegt.

Die Freien Wähler folgen damit weitgehend auch den Forderungen der unabhängigen Organisation Transparency International und fordern u.a. eine Begrenzung von Spenden an Parteien auf maximal 25.000 Euro pro Jahr, ein Verbot von Spenden von juristischen Personen an einzelne Abgeordnete/Kandidaten, wesentlich größere Transparenzpflichten insbesondere auch im Internet und eine zuverlässigere Kontrolle durch ein weisungsunabhängiges Gremium beim Bundespräsidenten.

Bei Verstößen fordert die **FWG** Hessen neben den bisherigen Strafzahlungen der Parteien auch strafrechtliche Sanktionen gegenüber Einzelpersonen. Bei schwerwiegenden Verstößen soll den Abge-

ordneten sogar das Mandat und das passive Wahlrecht entzogen werden.

Ferner wollen die Freien Wähler die komplette Offenlegung und Veröffentlichung von Nebentätigkeiten von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern sowie das Ende der Selbstfestsetzung von Diäten und Pensionen.

Gefordert wurde auch eine radikale Kürzung der Parteienfinanzierung, die im letzten Jahr rund 245 Millionen DM ohne Zuschüsse an die Fraktionen und Stiftungen betrug sowie eine gesetzliche Begrenzung von Wahlkampfkosten.

Wichtig ist den Freien Wählern auch, dass die steuerliche Begünstigungsgrenze für Spenden an politische Parteien, die bislang bei 6000,- DM pro Person und Jahr liegt, an die Bestimmungen für Wählergruppen (3000,- DM pro Person und Jahr) angeglichen wird.

Weiter hinnehmen will der Landesverband auch nicht mehr, dass die Parteien über die staatliche Parteienfinanzierung bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen Gelder bekommen, die auch für die örtliche Parteiarbeit verwandt werden. Daher fordern die Freien Wähler eine Gleichstellung der Wählergruppen bei der

sogenannten kommunalen Parteienfinanzierung und damit die Umsetzung einer Bundesverfassungsgerichtsentscheidung. Ein Dorn im Auge sind der **FWG** Hessen auch die Medienbeteiligungen der SPD, die somit Einfluss auf die eigentlich unabhängige Berichterstattung in Radio und Print Medien nehmen. Daher sollen wirtschaftliche Beteiligungen von Parteien verboten werden. Es ist weder legitim, dass die Parteien wie wirtschaftliche Unternehmen Gewinne erzielen und sich am Markt bewegen, noch dass Einfluss auf die Berichterstattung genommen wird.

Nur wenn unsere Mindestforderungen erfüllt werden, so der alte und neue Landesvorsitzende Wolfgang Hofmann, besteht eine Chance, dass Vertrauen der Bevölkerung in unser System zurück zu gewinnen.

### **Impressum:**

Der

**KORBACHER  
EXPRESS**

erscheint unregelmässig und wird herausgegeben vom Vorstand der Freien Wählergemeinschaft Korbach, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Heinz Graf. Verantwortlich: Heinz Graf, Gerhard Kleine, Anschrift der Redaktion: Itterbachstraße 6, 34497 Korbach, Auflage: 11.000 Exemplare, Druck: Sprenger Druck Korbach

## Dorferneuerung und eigenverantwortliches Handeln: Bautätigkeit auf unseren Ortsteilen

Eigenverantwortung der Ortsteile war eines unserer Anliegen zur Kommunalwahl im Jahre 2001. Inzwischen ist der Anfang gemacht: Sei es bei Unterhaltungsmaßnahmen in Meiningershausen oder Goldhausen. Aber noch wichtiger bei Investitionsmaßnahmen, wie dem Küchenanbau am Dorfgemeinschaftshaus in Goldhausen. Hier hat der Ortsbeirat in eigener Regie, unter Verwaltung eines festen Budgets, die Baumaßnahme durchgeführt.

Die wichtigste Erkenntnis dabei war, wie uns der Ortsbeirat bei unserem Besuch bestätigt hat, die große Zufriedenheit aller Beteiligten.



Küchenanbau am Dorfgemeinschaftshaus Goldhausen



Anbau an die Mehrzweckhalle in Hillershausen

Unter gleichen Vorzeichen läuft derzeit der Anbau an die Mehrzweckhalle Hillershausen und in Planung ist die Errichtung eines Windfanges an der Friedhofskapelle in Rhena. Sollten diese Maßnahmen ähnlich erfolgreich verlaufen, wird sich die **FWG** dafür einsetzen, den eingeschlagenen Weg auszuweiten.

Als nächste größere Investition könnte dann der Anbau an die MZH Lengefeld beginnen. Hier sollen ein Jugendraum und im Obergeschoß ein Mehrzweckraum errichtet werden. Der notwendige Antrag zur Aufnahme in das Investitionsprogramm wurde von der **FWG** gestellt.

Die Dorferneuerung in den Ense-Dörfern kommt langsam in Fahrt. Nach personellen Umstrukturierung-

beim Land Hessen und bei der Kreisverwaltung konnten nun endlich die Planungen für das Dorfgemeinschaftshaus Ober-Ense und den Spielplatz Nordenbeck in Auftrag gegeben werden. Leider wurde der Antrag auf Erhöhung der bezuschussungsfähigen Maßnahmen von der IBH Wetzlar abgelehnt.

Die von der **FWG** beantragte Aufnahme der Ortsteile Rhena und Helmscheid in das Dorferneuerungsprogramm ab dem Jahr 2003 wurde von der Landesregierung abgelehnt. Dennoch wird das Ziel, einen zweiten Förderschwerpunkt bei der Dorferneuerung zu bekommen, nicht aufgegeben.



Bauarbeiten vor der Mehrzweckhalle in Eppe

## Preiserhöhungen:

### **EURO = TEURO !?**

Der Preisanstieg seit Januar ist ärgertlich. 94% der Bevölkerung sind davon überzeugt, dass der Euro alles teurer gemacht hat, während die Statistiker nur eine Inflationsrate von 1,2% errechnet haben.

Viele Verbraucher haben, gerade in den ersten Monaten, festgestellt, dass am Ende des Euros noch viel Monat übrig ist, auch weil der Euro zunächst wie die DM ausgegeben wurde. Rasch forderte Kanzlerkandidat Edmund Stoiber eine Bundestagsdebatte über die Preise, Verbraucherministerin Künast berief sogar einen Anti-Teuro-Gipfel ein, der, wen wundert's, mit einem Freispruch für den Euro endete. Ein bisschen Augenwischerei macht sich gut, besonders in Wahlkampfzeiten.

Aber was sind die wirklichen Gründe für den Preisanstieg?

Zweifellos haben einige Unternehmen bei der Umstellung ihrer Preislisten kräftig hingelangt, teilweise um anschließend die Preise, werbewirksam senken zu können (...schaut her, wir sind billig). Die überwiegende Masse hat fair umgerechnet, jedoch Preisadjustierungen, die auch ohne den Euro gekommen wären, vorgezogen.

Nicht diskutiert wurden bisher die preistreibenden Einflüsse, die sich aus der Rot-Grünen Ökosteuern ergeben haben: die Kosten für Sprit, Heizöl und Strom sind kräftig gestiegen, ebenso wie die Transportkosten für unsere Waren. Hier lohnt sich sicher ein intensiveres Nachdenken.





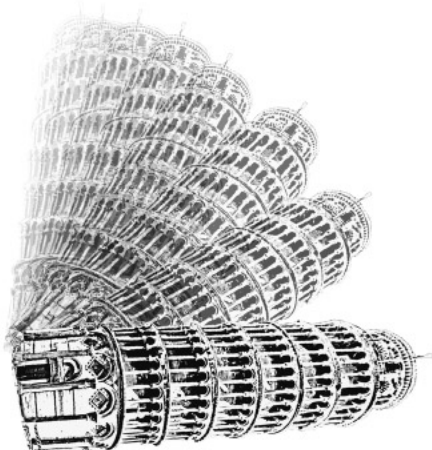
## Was wählen wir am 22. September?

# Der Eulenspiegel

Sie haben richtig gelesen! Die Frage lautet „Was wählen wir?“ und nicht „Wen wählen wir?“ Die Fakten, mit denen wir Deutsche inzwischen leben müssen, sind allgemein bekannt: Deutschland ist in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung inzwischen zur Bremse in der EU geworden, die deutschen Schülerinnen und Schüler haben beim „PISA“ Schultest miserabel abgeschnitten, Kinder sind das Armutsrisiko Nummer Eins, die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung werden in 2003 auf mindestens 19,3% steigen und dass obwohl noch eine Stufe der „Ökosteuer“ aussteht. Doch nun schön der Reihe nach:

Bundeskanzler Schröder wollte, so jedenfalls seine Aussage im Jahr 1998, an der Zahl der Arbeitslosen gemessen werden. Die liegt, trotz inzwischen hektisch eingeleiteter Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, bei über 4 Millionen, Tendenz eher steigend. Im Wahlkampf werden uns die Parteipolitiker versuchen glauben zu machen, dass das nur an dem schlechten äusseren Umfeld liegt, sie daher kein Verschulden trifft. Die Frage, warum Deutschland zum wirtschaftlichen Schlusslicht in der EU geworden ist, wo doch alle EU-Staaten unter dem gleichen schlechten Umfeld leiden, werden sie vermutlich nicht beantworten.

Besonders peinlich, weil kurz vor der Bundestagswahl veröffentlicht, waren die schlechten Ergebnisse des PISA-Schultests. Danach verfügt beispielsweise ein Viertel der 15-jährigen Schüler in Deutschland nur über unzureichende Grundkompetenzen beim Lesen und Rechnen.



Eine Chancengleichheit gibt es im deutschen Schulsystem auch nicht mehr: Bei gleicher Intelligenz und gleichen Schulleistungen hat ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie eine drei mal geringere Chance, ein Gymnasium zu besuchen als ein Kind, dessen Eltern Akademiker sind. Das ist auf die prekäre finanzielle Situation vieler Familien mit Kindern zurückzuführen. Nach Borchert, einem Richter am Landessozialgericht, treibt der Sozialstaat Familien in die Verarmung, statt sie davor zu bewahren. Grund dafür ist, dass die Beitragserhebung, die ausschließlich den Arbeitslohn belastet, weder Existenzminimum noch Progression kennt und wegen der Bemessungsgrenze hohe Einkommen besser stellt. Von dem, was normalverdienende Eltern behalten, büßen sie einen unverhältnismäßig hohen Teil über Verbrauchsteuern wieder ein.

Insofern ist die Rot-Grüne-Ökosteuer ein Faustschlag ins Gesicht der Familien: Während für den normal verdienenden Arbeitnehmer ohne Kinder durch Steuersenkungen die Rechnung noch einigermaßen aufgeht, ist das für die Familien mit in der Regel einem Verdiener und einer entsprechend niedrigeren Steuerquote nicht der Fall.

Als weiterer Faustschlag ins Gesicht der Familien erweist sich die Rot-Grüne-Rentenreform, landläufig als „Riester-Rente“ bekannt. Sie nimmt den normalverdienenden Familien, wenn sie denn einen entsprechenden Vertrag abschließen, das, was wir Kommunalpolitiker von der **FWG** als die „freie Spitze“ im Haushalt bezeichnen, nämlich frei verfügbares Einkommen zum Beispiel für Investitionen oder zur Bildung von Rücklagen.

Nicht verwunderlich ist es daher, dass viele Konsumenten Kaufzurückhaltung üben: Der Einzelhandelsumsatz ist neuen Erhebungen zu Folge um bis zu 5% gegenüber Vorjahr gesunken.

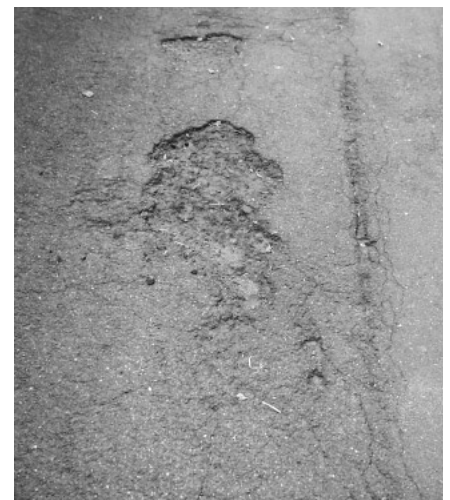
Damit einher gehen Unternehmenspleiten und ein erheblich gesunkenes Körperschaftsteueraufkommen. In Hessen ist, so Finanzminister Weimar (CDU) im ersten Quartal, im Vergleich zum Vorjahr



das Steueraufkommen um 25,9% gesunken. Nach der Wahl werden die Parteipolitiker vermutlich die Lösung des Steuerproblems präsentieren: Anhebung der Mehrwertsteuer auf 18 oder 19%, warten wir's ab!

Sind noch Zugaben gefällig? Unsere Rot-Grüne-Regierung hat sich bei Regierungsantritt das Ziel gesetzt, den Verwaltungsapparat personell um ca. 1,5% pro Jahr zu verschlanken. Ausserhalb der Ministerien wurden hingegen neue Behörden eingeführt: ein zentrales Zulagenamt mit ca. 1000 Mitarbeitern für die Verwaltung der Riester-Rente, eine 70-köpfige Finanzagentur für die Schuldenverwaltung und eine LKW-Maut-Verwaltungsbehörde für mindestens 200 Mitarbeiter.

Unsere Parteipolitiker sollten sich auf die Suche nach Lösungen machen statt medienwirksam in Talk-Shows herumzusitzen oder durch's Land zu joggen. Beispiele „wie es funktioniert“ gibt's zuhauf und ein Blick über die Landesgrenzen könnte sich auch als nützlich erweisen.



...unsere Strassen sind auch kaputt!  
Ob's Herrn Trittin wohl freut?